



Entwicklungspolitische Schwerpunkte der Weltklimakonferenz (COP27) 2022 in Sharm el-Sheik

Pressereferat, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Stand 04.11.2022

Inhaltsverzeichnis:

1. Einführung und entwicklungspolitische Schwerpunkte der COP27	2
2. Die Rolle des BMZ auf der COP27	3
3. Klimafinanzierung.....	4
4. Das Klima-Engagement des BMZ im Detail	6
4.1 <i>Just Transition, Just Energy Partnerships (JETP)</i> und Klima- und Entwicklungspartnerschaften	6
4.2 Erneuerbare Energie	7
4.3 Grüner Wasserstoff	7
4.4 NDC Partnerschaft	8
4.5 Anpassung an den Klimawandel	8
4.6. Schäden und Verluste - Globaler Schutzschirm gegen Klimarisiken	9
4.7 Biodiversität und Waldschutz	11
4.8 Ernährungssicherheit und Klima	11
4.9 Wasser und Klima	12
4.10 Feministische Entwicklungspolitik und Klima	13
Anlage: Beispiele für konkrete entwicklungspolitische Aktivitäten gegen die Klimakrise.....	14



1. Einführung und entwicklungspolitische Schwerpunkte der COP27

Wenn am 6. November die 27. Vertragsstaatenkonferenz (*Conference of the Parties, COP*) der UN-Klimarahmenkonvention (engl. *United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC*) im ägyptischen Scharm El-Scheich beginnt, dann sind die Augen der Welt für zwei Wochen auf die Klimakrise gerichtet. Weltweit künden Hitzewellen und Dürren von den drastischen Folgen des Klimawandels, Gletscher schmelzen, nie da gewesene Überflutungen bedrohen die Lebensgrundlage vieler Millionen Menschen. Für einige Länder wie die kleinen Inselstaaten und die am wenigsten entwickelten Länder ist der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung.

Unumgänglich ist eine vollständige grüne Transformation von Wirtschaft, Energieversorgung, Städtebau und Transport. Denn für die Zukunft ist entscheidend, dass Klimaschutz und Entwicklung zu keinen Zielkonflikten führen dürfen; Klimapolitik muss Entwicklungsmöglichkeiten mitdenken und fördern. Die Landwirtschaft, Infrastruktur und Forstwirtschaft müssen an die bereits eingetretenen und zukünftig zu erwartenden Folgen des Klimawandels angepasst werden. Die bisherigen Maßnahmen bei Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen reichen nicht aus. Klimawandelbedingte Verluste und Schäden werden mit jedem weiteren Zehntelgrad Erderwärmung stark zunehmen. Rasches und konsequentes Handeln sowie mehr Kooperation und Unterstützung sind nötig. Unserer Solidarität bedürfen vor allem auch jene Länder, die von den Folgen der Klimakrise schon jetzt drastisch betroffen sind, obwohl sie bislang wenig zur Klimakrise beigetragen haben. Handeln bringt Kosten mit sich, die viele der ärmsten und vulnerabelsten Länder nicht stemmen können.

Bei den Klimaverhandlungen von Paris 2015 haben sich die Mitgliedsstaaten der VN-Klimarahmenkonvention dazu verpflichtet, die weltweite Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Auf der diesjährigen Klimakonferenz soll es nach Aussagen der ägyptischen Präsidentschaft vor allem um die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, den Umgang mit klimawandelbedingten Verlusten und Schäden und die finanzielle Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern gehen – Themen, die auch Schwerpunkte in der Arbeit des Entwicklungsministeriums (BMZ) bilden. Angesichts der immer sichtbarereren Folgen des Klimawandels und einer bereits erfolgten globalen Erwärmung von 1,2 Grad dürfen sich die Verhandlungen aber nicht nur darauf verengen.

Aktuell bewegen wir uns auf eine mindestens 2,5 Grad wärmere Welt zu. Ohne den Prozess der jährlichen Weltklimakonferenzen und das Pariser Klimaabkommen hätte der Welt eine Erderhitzung von 5 bis 6 Grad gedroht. Zugleich ist die Weltgemeinschaft damit in der Summe noch klar entfernt vom 1,5-Grad-Ziel. Das Klimaschutz-Engagement muss darum deutlich steigen, nicht nur in Industrieländern, sondern auch in Schwellenländern mit hohen Emissionen. Zwei Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen entfallen aktuell auf



Schwellen- und Entwicklungsländer. Und Emissionsminderung ist und bleibt der beste Schutz vor Klimarisiken und Verlusten und Schäden.

Die Weltklimakonferenz findet in einem Land mit eingeschränkter Presse- und Meinungsfreiheit und einer besorgniserregenden Menschenrechtslage statt. Die Bundesregierung nimmt kritische Menschenrechtsfragen fortlaufend mit Ägypten auf – und zwar auf allen Ebenen. Das BMZ thematisiert das beispielsweise in den entwicklungspolitischen Regierungsverhandlungen. Das BMZ fördert neben der staatlichen EZ auch Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen und kirchliche Träger wodurch die ägyptische Zivilgesellschaft gestärkt wird. Für die Weltklimakonferenz fordert die Bundesregierung eine aktive Teilnahme der Zivilgesellschaft und freie Berichterstattung. Mit dem Programm des deutschen Pavillons setzt sich die Bundesregierung auch dafür ein, dass die Zivilgesellschaft dieses Forum nutzen kann, zum Beispiel für eine Veranstaltung von Human Rights Watch und Amnesty International, eine Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Vertretern der ägyptischen Zivilgesellschaft und einen Empfang der Zivilgesellschaft durch Bundesministerin Svenja Schulze am Montag, 14.11.2022.

2. Die Rolle des BMZ auf der COP27

Der Einsatz gegen die Klimakrise ist eine Priorität der Bundesregierung und ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik. Die Bundesregierung stellt auf der COP27 das Leitmotiv „Ambition in Solidarität“ in den Vordergrund. Ambition, das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, und Solidarität, um die Entwicklungsländer in Zeiten multipler Krisen beim Klimaschutz und im Umgang mit Klimafolgen zu unterstützen. Deutschland will als führendes Industrieland und aktueller G7-Vorsitz ambitioniert vorangehen.

Innerhalb der Bundesregierung liegt die Gesamtkoordinierung und Delegationsleitung für die Klimaverhandlungen beim Auswärtigen Amt; das Entwicklungsministerium verhandelt in diesem Rahmen u.a. die Themen Verluste und Schäden durch den Klimawandel, Anpassung an den Klimawandel und Kapazitätsaufbau federführend für die Bundesregierung. In der Zuständigkeit des Entwicklungsministeriums liegen ferner die Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern im Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Verlusten und Schäden und Kapazitätsaufbau sowie der Großteil der Klimafinanzierung. Dabei profitiert es von langjährigen und vertrauensvollen Beziehungen zu seinen Partnerländern und kann dadurch zu positiven Verhandlungsergebnissen auf der COP27 sowie zur Umsetzung von Lösungsansätzen zur Klimakrise beitragen. Die Bundesregierung sieht ihre Rolle auf der Klimakonferenz als Brückenbauer zwischen Entwicklungs- und Industrieländern und möchte Teil einer progressiven Allianz sein, um auf der COP27 Fortschritte insbesondere mit Blick auf die Länder und Menschen zu erzielen, die am verwundbarsten gegenüber dem Klimawandel sind.



So etwa in den Verhandlungen zum Thema Verluste und Schäden durch den Klimawandel: Entwicklungsländer fordern zusätzliche Finanzierungsmechanismen für den Umgang mit Verlusten und Schäden. Deutschland und die EU sehen hier Solidarität geboten und möchten konkrete Fortschritte erzielen. Die vom BMZ initiierte V20/G7-Initiative eines **Globalen Schutzschirms gegen Klimarisiken** (siehe 4.6) ist ein konkreter Beitrag und Angebot zur schnellen und wirksamen Unterstützung im Umgang mit Verlusten und Schäden. Gleichzeitig setzen sich Deutschland und die EU für lösungsorientierte Verhandlungen zu neuen Finanzierungsoptionen zu Verlusten und Schäden sowie für eine Einigung zur Ausgestaltung und schnellen Operationalisierung des Santiago-Netzwerks zu Verlusten und Schäden ein, um technische Unterstützung zur Abwendung, Reduzierung und zum Umgang mit Verlusten und Schäden auszubauen.

Das BMZ strebt außerdem an, möglichst noch während der Klimakonferenz den Kreis der Klimapartnerschaften zu erweitern (siehe 4.1), zusätzlich werden Anreize zu Minderung der Emissionen gesetzt, wie beispielsweise durch die geplante Gründung eines Grünen Wasserstoff-Fonds (siehe 4.3).

Ebenso bietet die Weltklimakonferenz im Scharm El-Scheich ein Forum, um über Lösungsansätze für die weiteren multiplen Krisen zu sprechen, die im Zusammenhang mit der Klimakrise zu bewältigen sind, z.B. Energie- und Ernährungsunsicherheit sowie der Verlust der biologischen Vielfalt. Für die deutsche Entwicklungspolitik bedeutet Solidarität in diesem Kontext auch, dass das BMZ weiter umfassend in die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele investiert und sich hierüber mit seinen Partnern austauscht.

3. Klimafinanzierung

Der weltweite Umbau hin zur Klimaneutralität fordert eine starke Finanzierung. Die Industrieländer haben ihr Ziel, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, bisher nicht erreicht. Laut OECD betrug die internationale Klimafinanzierung 2020 insgesamt 83,3 Milliarden US-Dollar, womit eine Lücke von 16,7 Milliarden US-Dollar zum anvisierten Ziel bestand. Ein großes Augenmerk bei der Klimakonferenz wird darauf liegen, ob die Industrieländer ihr Ziel wie zugesichert bis 2023 erfüllen können.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland einer der größten Geber. 2021 lag der deutsche Beitrag bei insgesamt 8,1 Milliarden Euro, davon 5,34 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt¹. Deutschland hat zudem angekündigt, bis spätestens 2025 mindestens 6 Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln für internationale Klimafinanzierung bereitzustellen, davon 1,5 Milliarden Euro für Biodiversitätserhalt. Bundeskanzler Scholz hat dies jüngst im Rahmen der VN-Generalversammlung nochmals bekräftigt. Weiterhin strebt die

¹ Haushaltsmitteln inklusive Schenkungsäquivalenten aus KfW-Entwicklungskrediten.



Bundesregierung an, Klimafinanzierung für Emissionsminderung bzw. zur Anpassung an den Klimawandel in einem ausgewogenen Verhältnis bereitzustellen. Letztes Jahr konnte das erreicht werden: der Anteil der Anpassungsfinanzierung aus Haushaltsmitteln betrug 49 %, der Beitrag für Minderung 51 %.

Das BMZ leistet mit durchschnittlich mehr als 85 % den größten Anteil der deutschen Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln und ist für über 80 % der deutschen internationalen Biodiversitätsfinanzierung verantwortlich. Das BMZ unterstützt dabei zum einen seine Partnerländer über die bilaterale Zusammenarbeit in ihren Klimaschutz- und Anpassungsbemühungen. Es leistet außerdem bedeutende finanzielle Beiträge an multilaterale Fonds, etwa an den Grünen Klimafonds (*Green Climate Fund*, GCF), die Globale Umweltfazilität (*Global Environment Facility*, GEF) oder die Klimainvestitionsfonds (*Climate Investment Funds*, CIFs) und ist über seine Anteile am Kapital der Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken sowie den klimarelevanten Treuhandfonds und Fazilitäten maßgeblich an deren klimabezogener Finanzierung beteiligt.

Gegenüber diesen internationalen Finanzinstitutionen setzt sich das BMZ zudem dafür ein, dass mehr Anreize geschaffen werden müssen, damit sowohl finanzierte Projekte als auch die Ambition im Bereich der Klimafinanzierung den Zielen des Pariser Übereinkommens und den internationalen Biodiversitätszielen entsprechen. Dies war ein zentrales Thema der Weltbank-Jahrestagung 2022 (<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/schulze-weltbank-jahrestagung-2022-125250>). Darüber hinaus setzt sich das BMZ für eine verstärkte Mobilisierung privater Mittel für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen sowie für eine grüne Transformation der Finanzmärkte in Entwicklungs- und Schwellenländern ein.

Übersicht über die deutschen internationalen Klimafinanzierungszahlen 2012-2021:

Deutsche Klimafinanzierung 2012 - 2021 (alle Ressorts, in Euro)				
Jahr	HH-Mittel	Mobilisierte öffentliche KliFi	Mobilisierte private Klifi	Gesamt
2012	1.664.000.000	n/a	n/a	1.664.000.000
2013	1.950.290.044	1.473.000.000	n/a	3.423.290.044
2014	2.344.000.000	2.791.000.000	n/a	5.135.000.000
2015	2.683.796.201	4.722.357.694	n/a	7.406.153.895
2016	3.361.809.488	5.172.271.474	n/a	8.534.080.962
2017	3.649.672.056	3.079.931.500	486.155.379	7.215.758.935



2018	3.366.204.614	3.245.778.651	467.637.633	7.079.620.898
2019	4.338.609.124	2.473.183.806	769.959.933	7.581.752.864
2020	5.091.371.454	2.545.556.253	192.149.450	7.829.077.157
2021	5.340.285.126	2.589.725.424	170.109.340	8.100.119.889

Weitere Zahlen finden Sie hier: <https://reportnet.europa.eu/>

4. Das Klima-Engagement des BMZ im Detail

Der beste Schutz vor Klimarisiken bleibt die Minderung von Treibhausgasen: Alle Staaten müssen im Klimaschutz deutlich ambitionierter werden, um den weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad gegenüber vorindustriellen Zeiten zu begrenzen. Jedes Zehntelgrad zählt, wenn es darum geht, etwa den Hunger und die Armut unzähliger Menschen sowie weitere Verluste und Schäden zu verhindern. Der Klimawandel könnte schon bis 2030 über 130 Millionen weitere Menschen in die extreme Armut treiben. Deswegen umfasst das BMZ-Klimaportfolio eine große Bandbreite an Minderungsprojekten, 2021 rund die Hälfte der Mittel. Gleichzeitig sind die Auswirkungen des Klimawandels in Entwicklungs- und Schwellenländern schon so gravierend, dass Anpassungsmaßnahmen und Klimarisikoinstrumente in der Klimapolitik des BMZ eine zentrale Rolle spielen.

4.1 *Just Transition, Just Energy Partnerships (JETP)* und Klima- und Entwicklungspartnerschaften

Das BMZ setzt sich weltweit für einen sozial gerecht gestalteten Übergang zu klimaneutralen Volkswirtschaften ein. Dafür suchen wir Partner und engagieren uns in multilateralen Entwicklungsbanken für mehr Ambition.

Um den Klimaschutz global und sozial gerecht voran zu treiben, engagiert sich die Bundesregierung im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 für die Etablierung von **plurilateralen *Just Energy Transition Partnerships (JETP)*** mit ausgewählten Entwicklungs- und Schwellenländern. Ziel ist es, klima- und energiepolitische Ambitionen zu erhöhen und zugleich global eine sozial gerechte Transformation voranzubringen. Die erste JETP mit Südafrika wurde auf der letztjährigen Klimakonferenz in Glasgow unterzeichnet. Unterstützt wird ein Kohleausstieg in Südafrika, der sozial gerecht organisiert wird, mit neuen Jobs, erneuerbaren Energien und sozialer Absicherung. Die südafrikanische Regierung hat den dazu gehörigen Investitionsplan Mitte Oktober 2022 beschlossen. Für die JETP sollen 8,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stehen, woran sich Deutschland mit rund 1 Milliarde US-



Dollar beteiligt; der weit überwiegende Anteil aus dem BMZ. Gespräche über weitere JETP laufen mit Senegal, Vietnam, Indien und Indonesien. Das BMZ setzt gemeinsam mit den G7-Partnern ein hohes Ambitionsniveau u.a. zur Ausphasierung von fossilen Energieträgern und zum Ausbau erneuerbarer Energien für den erfolgreichen Abschluss einer JETP voraus.

Neben JETP vereinbart das BMZ auf bilateraler Ebene **Klima- und Entwicklungspartnerschaften (P+)** mit ausgewählten Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Sie sind ein erfolgreiches Instrument, um gemeinsam mit Partnerländern die Ambitionen zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu erhöhen und dabei alle relevanten Sektoren und Gruppen einzubeziehen (Privatsektor, Zivilgesellschaft, Wissenschaft). Deutschland hat bislang bilaterale P+-Partnerschaften mit Ruanda, Serbien, Indien und Pakistan etabliert. So arbeitet Deutschland beispielsweise mit Ruanda bei der Umsetzung seines nationalen Klimabeitrags, der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie nachhaltiger Abfall- und Kreislaufwirtschaft zusammen. Weitere ambitionierte Partnerschaften werden angestrebt und können ggf. noch während der Klimakonferenz verkündet werden.

4.2 Erneuerbare Energie

Ohne Energie ist keine soziale und wirtschaftliche Entwicklung möglich. 10 Prozent der Menschen haben noch keinen permanenten Zugang zu Stromversorgung, in Entwicklungsländern liegt die Rate deutlich höher. Das BMZ unterstützt insbesondere afrikanische Länder dabei, beim dringend benötigten Ausbau ihrer Energiesysteme auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu setzen, um nicht die Fehler der Industrieländer zu wiederholen. Sie haben die Chance, das fossile Zeitalter zu überspringen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat in den vergangenen drei Jahren rund 970 Millionen Euro für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Afrika bereitgestellt.

- Geplanter Roundtable zu Erneuerbarer Energie in Afrika am 15.11. mit Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze.

4.3 Grüner Wasserstoff

Für das BMZ wird auch der Ausbau einer **grünen Wasserstoffwirtschaft** in Entwicklungsländern auf der Klimakonferenz eine prominente Rolle spielen. Obwohl die Potenziale zur Produktion von grünem Wasserstoff in den Regionen und Ländern des globalen Südens am größten sind, besteht die Gefahr, dass bereits jetzt eine strategische Lücke für Entwicklungsländer entsteht, die mit Blick auf internationale Wettbewerbsfähigkeit und eigenständige Entwicklung nicht mehr aufzuholen ist. Der **grüne Wasserstofffonds PtX Development Fund**, der auf der COP27 vorgestellt werden wird, leistet einen Beitrag, diese Lücke zu schließen. Der Ansatz des PtX-Entwicklungsfonds besteht darin, mit BMZ-Haushaltsmittelzuschüssen Konkurrenzfähigkeit von grünem Wasserstoff herzustellen und so



großvolumige Investitionen in Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen. Er ist der erste Fonds seiner Art, der in den Ausbau lokaler grüner Wasserstoffwirtschaften in Schwellen- und Entwicklungsländern investiert. Gleichzeitig wird der PtX-Wachstumsfonds des BMWK vorgestellt.

- Pressekonferenz zum Thema geplant für den 15.11. im Deutschen Pavillon.

4.4 NDC Partnerschaft

Um die nationalen Klimabeiträge (*Nationally Determined Contributions*, NDCs) weltweit zu koordinieren und in Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den Entwicklungszielen der Agenda 2030 voranzubringen, gründete die Bundesregierung 2016 gemeinsam mit internationalen Partnern die NDC-Partnerschaft. Diese globale Initiative zählt mittlerweile über 200 Mitglieder und unterstützt über 100 Entwicklungs- und Schwellenländer auf Anfrage bei der ambitionierten Überarbeitung und/oder Umsetzung ihrer NDCs. Davon haben 73 Länder mit aktiver Unterstützung durch die Partnerschaft bereits ein ambitionierteres NDC eingereicht. Deutschland (BMZ und BMWK) ist größter Geber der NDC-Partnerschaft mit bisher mehr als 600 Millionen Euro.

- Präsenz der NDC Partnerschaft auf der COP 27 <https://ndcpartnership.org/events>

4.5 Anpassung an den Klimawandel

Entwicklungsländer sind von Klimafolgen besonders betroffen. Die Anpassung an den Klimawandel ist dort daher besonders dringlich. Laut dem jüngsten IPCC-Bericht (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) leben etwa 3,3 bis 3,6 Mrd. Menschen in Regionen, die sehr anfällig für den Klimawandel sind. Vor allem arme Menschen sind betroffen. Deshalb ist internationale Solidarität gefordert. Als historische Hauptverursacher des Klimawandels stehen die Industriestaaten in der Verantwortung, durch entsprechende Unterstützung zu Klimagerechtigkeit beizutragen.

Das Portfolio der Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel des BMZ ist sehr umfassend und vielfältig und umfasst: knapp die Hälfte der deutschen Klimafinanzierung. Das BMZ unterstützt damit beispielsweise Kleinbäuerinnen und -bauern bei der Anpassung ihrer Anbaumethoden an Klimaveränderungen, fördert den Erhalt und die nachhaltige Nutzung von Wäldern, schützt Wasserressourcen und Küstengebiete gegen den steigenden Meeresspiegel oder fördert Städte beim Aufbau einer grünen Infrastruktur.

Gemeinsam mit internationalen Partnern gestaltet und fördert das BMZ ferner länderübergreifende Partnerschaften und zentrale Initiativen der Entwicklungsländer für die Anpassung an den Klimawandel. So wird Deutschland zusammen mit Frankreich, Dänemark und der EU-Kommission auf der COP27 eine **Team Europe Initiative zu Anpassung und**



Resilienz in Afrika vorstellen, die Anpassungsvorhaben von EU-Mitgliedsstaaten bündelt und ausbaut.

Das BMZ fördert außerdem die Analyse und Bewertung von Klimarisiken und Klimawandel (z.B. mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) sowie die Anpassungsplanung in Entwicklungsländern (z.B. über das NAP *Global Network* für eine verbesserte Anpassungsplanung und -umsetzung in Entwicklungsländern). Es setzt sich auch für die Verbesserung von Frühwarnsystemen zu Extremwetterereignissen oder Katastrophenrisiken für die Bevölkerung in den am wenigsten entwickelten Ländern und Inselstaaten ein (z.B. über die Initiative CREWS / *Climate Risk and Early Warning Systems*).

- Die Team Europe Initiative zu Anpassung und Resilienz in Afrika soll am 16.11. im EU-Pavillon gestartet werden.

4.6. Schäden und Verluste - Globaler Schutzschirm gegen Klimarisiken

Nicht ohne Grund sind Verluste und Schäden dieses Jahr ein wesentliches Thema der Klimaverhandlungen: Entwicklungsländer sind häufig besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen und haben oft nicht die Ressourcen, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Gemeinsam mit den V20, der Gruppe der verwundbarsten Entwicklungsländer (*Vulnerable 20*, aktuell 58 Länder), bauen die G7 einen Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken auf, der auf der COP27 der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Beim G7-Gipfel in Elmau wurden die Entwicklungsminister*innen mit der Erarbeitung beauftragt. Am Rande der Weltbanktagung in Washington ist im Oktober eine Verständigung zwischen G7 und V20 gelungen, so dass der Schutzschirm auf der Weltklimakonferenz offiziell starten kann.
<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/v20-und-g7-einigung-absicherung-gegen-klimarisiken-125784>

Das Ziel ist, Stand-by-Finanzierung bereitzustellen, die unmittelbar ausgezahlt werden kann, um arme und verwundbare Menschen und Länder bei Extremwetterereignissen wie Dürren, Wirbelstürmen oder Fluten zu unterstützen. Durch diese Vorsorgemechanismen können Regierungen nach einem Klimaschaden die wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen für die Bevölkerung schnell wiederherstellen. Der Schutzschirm soll so verhindern, dass Menschen und Länder zu lange auf Unterstützung warten müssen und in die Armut geraten. So erhalten etwa Bäuerinnen und Bauern nach einer Dürre oder einer Flut schnell finanzielle Unterstützung für neues Saatgut; und Kleinunternehmerinnen und -unternehmer erhalten Auszahlungen, um ihr Geschäft wieder zu eröffnen, etwa über ein soziales Sicherungsnetz oder Versicherungen. Und Regierungen können schnell mit dem Wiederaufbau wichtiger Infrastruktur wie Brücken, Straßen, Schulen oder Krankenhäusern beginnen.



Die schnelle Reaktion ist sehr wichtig, denn wenn arme und besonders verwundbare Menschen in einem Katastrophenfall nicht sofort unterstützt werden, kann das langfristige Folgen haben. Sie können gezwungen sein, Ersparnisse, die für Investitionen zurückgelegt wurden, für Lebensmittel auszugeben. Oder sie müssen ihren Traktor verkaufen, statt mit ihm ihre Felder neu zu bestellen. Oft können die Kinder auch nicht mehr zur Schule gehen, weil das Schulgeld nicht mehr bezahlt werden kann, oder sie arbeiten müssen, um zum Familienunterhalt beizutragen.

Der globale Schutzschirm gegen Klimarisiken hilft, die Folgekosten von Katastrophenfällen zu reduzieren, die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen und die Gefahr eines Abrutschens in die Armut zu vermindern. Gemeinsam sollen im Rahmen des Schutzschirms passgenaue Absicherungspakete für betroffene Länder und Regionen geschnürt werden, um eine bessere finanzielle Absicherung gegen Klimarisiken zu ermöglichen. Systematisch – Land für Land – sollen Klimarisiken ermittelt und Vorsorgepläne erarbeitet werden. Die V20 haben mehrere Pilotländer ausgewählt, sogenannte „*pathfinder countries*“. Zu ihnen gehören Bangladesch, Ghana, Senegal, Costa Rica, die Philippinen, Fidschi und Pakistan. Weitere Länder sollen hinzukommen. Noch in diesem Jahr sollen die ersten Schutzpakete in diesen Ländern vorbereitet werden.

Der Schutzschirm baut auf bestehenden Klimarisikofinanzierungsmechanismen auf, bündelt diese, gestaltet sie systematischer, und mobilisiert zusätzliche Finanzierung. Aufsetzen kann er dabei auf die InsuResilience Global Partnership (IGP), die zentrale Initiative für die Etablierung und Stärkung von Klimarisikofinanzierung und -versicherungen in Entwicklungsländern. Das BMZ unterstützt seit 2015 mit 840 Millionen Euro Maßnahmen der IGP, über die weltweit bis 2025 eine halbe Milliarde arme und verwundbare Menschen gegen Klima- und Katastrophenrisiken abgesichert werden sollen. Des Weiteren trägt das BMZ mit strategischen Partnerschaften zum Auf- und Ausbau adaptiver sozialer Sicherungssysteme bei, die auch ein zentrales Instrument unter dem globalen Schutzschirm sein werden. Beispielsweise unterstützt die von Deutschland maßgeblich finanzierte Globale Risikofinanzierungsfazilität (GRiF) der Weltbank den Ausbau des nationalen Sicherheitsnetzes in Sierra Leone.

- Am 14.11. soll der Schutzschirm von Entwicklungsministerin Svenja Schulze und den V20 auf der Weltklimakonferenz gemeinsam offiziell gestartet werden.



4.7 Biodiversität und Waldschutz

Fast alle Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität, und insbesondere der Erhalt von Ökosystemen, binden massiv CO₂ und tragen so zur Eindämmung des Klimawandels bei. Auf der COP27 sind daher der Schutz und die Wiederherstellung von Wäldern zentrale Themen. Das BMZ ist einer der größten Financier von Wald-Vorhaben, mit Schwerpunkt auf Tropenwaldregionen insbesondere in Afrika. Fast alle durch das BMZ geförderten Waldvorhaben leisten auch einen Beitrag zum Klimaschutz oder zur Klimaanpassung. In den letzten fünf Jahren (2017-2021) konnte das BMZ insgesamt circa 2,5 Milliarden Euro hierfür bereitstellen. Das BMZ wird auch in diesem Jahr auf der COP27 einen signifikanten finanziellen Beitrag zum Waldschutz verkünden und auch zukünftig gemeinsam mit seinen Partnern stark engagiert bleiben, unter Einbeziehung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in Entscheidungen und dem Schutz traditioneller Land- und Nutzungsrechte.

- Am 7.11. soll der deutsche Beitrag zum Schutz der Wälder (Global Forest Finance Pledge) verkündet werden und am 15.11. eine PK im deutschen Pavillon zu Biodiversität stattfinden. Außerdem wird gemeinsam mit der EU-Kommission und vier Partnerländern ein neues Projekt zu entwaldungsfreien Lieferketten vorgestellt.

4.8 Ernährungssicherheit und Klima

Vor dem Hintergrund der globalen Ernährungskrise gilt es auf der diesjährigen COP auch darüber zu diskutieren, wie globale Ernährungssicherheit gewährleistet werden kann – jetzt und auch in Zukunft unter einem sich ändernden Klima. Globale Krisen müssen zukünftig noch stärker zusammen gedacht und angegangen werden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zu einer weiteren Verknappung und starkem Preisanstieg für Energie, Nahrungsmittel und Dünger geführt und verschärft somit auch die Ernährungskrise.

Neben der akuten Krisenbewältigung sind Klimaanpassung in der Landwirtschaft, Verringerung von Nahrungsmittelverlusten, sowie die Stärkung der Resilienz von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern Themen, für die gemeinsame Lösungen erarbeitet werden müssen. Das BMZ wird auf der COP sowohl das Bündnis für globale Ernährungssicherheit (GAFS) als kurzfristige Krisenreaktion als auch sein Engagement bei einer langfristigen Umgestaltung der globalen Agrar- und Ernährungssysteme vorstellen. Um auf die akute und sich weiter zuspitzende Ernährungskrise zu reagieren, hat das BMZ im Mai 2022 im Rahmen der DEU G7-Präsidentschaft zusammen mit der Weltbank die GAFS ins Leben gerufen. Mit der GAFS hat das BMZ eine Initiative geschaffen, die flexible, sofortige und koordinierte Hilfe ermöglicht. Außerdem soll die GAFS konkrete finanzielle und politische Zusagen mobilisieren und bündeln, um langfristig die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme voranzutreiben.



Mit seinem entwicklungspolitischen Engagement im Bereich der Landwirtschaft adressiert das BMZ sowohl die Anpassung von Agrarsystemen an Klimafolgen und den Bereich der Emissionsminderung. Hierfür wurden allein 2020 2,42 Milliarden Euro aufgewendet.

Damit nicht jedes Extremwetter zu einem Hungerproblem wird, muss die Landwirtschaft klimafest werden. Für diese Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme müssen sich die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in unseren Partnerländern darauf verlassen können, dass sie ihre Felder langfristig bewirtschaften können. Darum brauchen sie gesicherte Rechte für ihr Land. Damit können sie von Kredit- und Finanzierungsprogrammen profitieren, in den Erhalt ihres Bodens investieren und die nachhaltige Fruchtbarkeit ihrer Felder sicherstellen. Denn wer Land besitzt und sich der Nutzung sicher sein kann, übernimmt Verantwortung für die Gesundheit von Wäldern, Feldern und natürlichen Ressourcen wie Boden und Wasser.

- Geplanter Event „Food security in a world of multiple crises“ am 10.11. im Deutschen Pavillon. Zur aktuellen Düngemittelkrise findet ein Event zur Global Fertilizer Challenge mit deutscher Beteiligung statt.

4.9 Wasser und Klima

Die Klimakrise ist zugleich eine Wasserkrise. Wasser ist von zentraler Bedeutung für die Anpassung an den Klimawandel. Wasser ist mit 19 % der entsprechenden Finanzierungsmittel ein signifikanter Anpassungssektor des BMZ. Angesichts der Relevanz von Wasser für Klimawandelanpassung und auch -schutz gibt die ägyptische COP-Präsidentschaft dem Thema besondere Sichtbarkeit. Dies wird u.a. durch einen Wassertag, einen prominent platzierten Wasserpavillon sowie eine Flaggschiffinitiative "Water Initiative" zum Thema Wassersicherheit unterstrichen.

Das BMZ fördert den eigenständigen Wasserpavillon auf der Klimakonferenz. Aufbauend auf dem Erfolg des letzten Jahres findet dieser bei der diesjährigen COP27 zum zweiten Mal mit über 30 beteiligten Organisationen, u.a. Regierungspartnern, internationalen Organisationen und NRO des Wassersektors, statt. Zudem versteht das BMZ Wasser als Sektor-übergreifendes Querschnittsthema und unterstützt zahlreiche Initiativen, wie beispielsweise die *Urban Water Catalyst* Initiative, welche auf der COP27 vorgestellt wird und die Leistungsfähigkeit und (Klima-)Resilienz kommunaler Wasserbetreiber erhöhen sowie eine nachhaltige Wasserversorgung sicherstellen soll.

Zum weiteren Engagement des BMZ zählt die Förderung des Nexus-Ansatzes, welcher Wasser-, Ernährungs- und Energiesicherheit auch im grenzüberschreitenden Kontext zusammendenkt, da alle Bereiche von Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind.



- Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist mit zwölf Events an sieben Thementagen im Water Pavilion vertreten. Das gesamte Programm findet sich unter: Water Pavilion at COP27: <https://waterforclimate.net/>

4.10 Feministische Entwicklungspolitik und Klima

Die Auswirkungen der Klimakrise sind nicht geschlechtsneutral, vielmehr vertiefen und reproduzieren sie bereits bestehende soziale Ungleichheiten. Frauen sind zugleich wichtige Wissens- und Entscheidungsträgerinnen in der Landwirtschaft, im Management natürlicher Ressourcen und in der Energienutzung und haben dabei ein besonderes Potential für die Minderung von Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den Klimawandel.

Obwohl im Pariser Klimaabkommen die Gleichstellung der Geschlechter als Grundsatz für den Kampf gegen den Klimawandel anerkannt wird, wird dies bisher noch nicht ausreichend reflektiert. Um Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen im Rahmen der Entwicklungspolitik zu stärken, werden bis 2025 93 % der BMZ-Mittel in Projekte fließen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter als Haupt- oder Nebenziel verfolgen. Dieses Ziel umfasst auch die Klimafinanzierung des BMZ. 2021 hatten rund 65 % der BMZ-Klimaanpassungsmaßnahmen und 44% der BMZ-Klimaminderungsmaßnahmen die Gleichstellung der Geschlechter als Neben- oder Hauptziel verankert.

- Hochrangiger Roundtable “Feminist Leadership in Climate Finance” am Montag, 14. November 2022, 17.00-18.00 CEST, NDC-P Pavillon, mit Vertreter*innen aus Regierungen, Klimafonds und der Zivilgesellschaft.



Anlage: Beispiele für konkrete entwicklungspolitische Aktivitäten gegen die Klimakrise

1. Emissionsminderung

Energising Development (EnDev)

Region: Afrika (Äthiopien, Benin, Burundi, DR Kongo, Guinea, Kenia, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mosambik, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Tansania, Uganda), Asien (Bangladesch, Kambodscha, Laos, Nepal), Lateinamerika (Bolivien)

Laufzeit: 2005-2025

Budget: 470 Mio. EUR (davon dt. Beitrag: 134 Mio. EUR).

EnDev ist eine 2005 von den Niederlanden und Deutschland etablierte Multi-Geber-Partnerschaft mit dem Ziel, bis 2025 rund 28 Millionen Menschen mit klimafreundlicher Energie zu versorgen. Durch EnDev wird Privathaushalten, kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie öffentlicher und sozialer Infrastruktur der Zugang zu Strom ermöglicht. Dies geschieht zum Beispiel durch Solarsysteme und Inselnetze – also Stromnetze, die nur aus einem oder wenigen Elektrizitätswerken bestehen. Hinzu kommt moderne Kochenergie wie energieeffiziente Herde.

Seit 2005 hat EnDev Zugang zu Energie für rund 26 Mio. Menschen und 82.000 Klein- und Kleinunternehmen sowie knapp 31.000 soziale Einrichtungen wie Schulen und Gesundheitszentren geschaffen, die meisten davon im ländlichen Raum. Durch den Fokus auf erneuerbare Energien werden Treibhausgasemissionen (THG) reduziert – **pro Jahr um mehr als 2,55 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente.**



Das Programm berät Partnerländer beim Ausbau erneuerbarer Energien. Es stellt zudem das Sekretariat für die Africa-EU Energy Partnership (AEEP). Bislang konnten **1,1 Mrd. Euro dezentraler privater Investitionen** für die Entwicklung erneuerbarer Energiesysteme mobilisiert werden.

Unternehmerin Yvonne Faye und ein Angestellter inspizieren Komponenten einer Solaranlage, Foto: M. Moussa Sow, GIZ.



Programm für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umweltschutz

(ECOCASA; FZ)

Land: Mexiko

Laufzeit: seit 2013

Budget: 200 Mio. Euro

Deutschland beteiligt sich seit 2013 mit zinsverbilligten Darlehen und Investitionszuschüssen in Höhe von 200 Millionen Euro an dem Programm für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umweltschutz in Mexiko (ECOCASA). Die Mittel werden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) zur Verfügung gestellt.

Bisher wurden bereits über 60.000 energieeffiziente Häuser für mehr als 240.000 Mexikanerinnen und Mexikaner im ganzen Land finanziert. Diese „Ökohäuser“ verbrauchen im Schnitt rund 20 Prozent weniger Energie als herkömmliche Bauten. Einige Ökohäuser erreichen sogar Einsparungen von bis zu 40 Prozent.

Damit werden zwei Ziele erreicht: Die Minderung von CO₂-Emissionen im Neubausektor und die Bereitstellung von Wohnraum für Menschen und Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen. EcoCasa spart mehr als eine Million Tonnen CO₂ über die gesamte Bestandsdauer der Häuser ein. Zugleich verbessert das Programm die Lebenssituation vieler Menschen. Das Programm trägt auch dazu bei, neue Standards für Umweltschutz und Energieeffizienz im Wohnungsbau zu setzen, an denen sich der mexikanische Immobilienmarkt künftig ausrichten soll.



EcoCasas in Mexiko, Foto: KfW/Klaus Veigel



2. Anpassung an den Klimawandel:

Ten Billion Trees Tsunami Programme

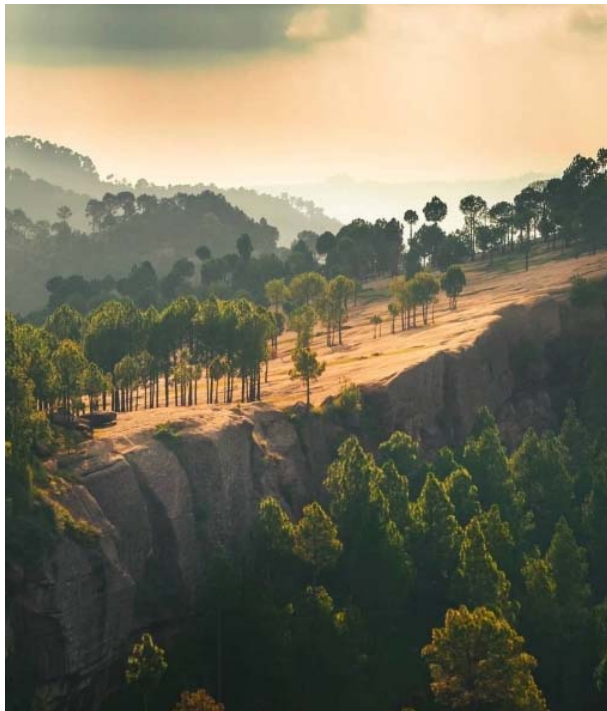
Region: Pakistan

Laufzeit: 2019 – 2024

Budget: 13,5 Mio. EUR (über KfW)

Pakistan ist besonders anfällig für klimawandelbedingte Schäden und Verluste, etwa durch Monsune, Gletscherschmelzung, Dürren und Überschwemmungen. Gleichzeitig ist das Land Schätzungen zufolge nur noch zu fünf Prozent mit Wald bedeckt (der globale Durchschnitt liegt bei rund 31 Prozent). Um der Entwaldung entgegenzuwirken hat das Klimaministerium Pakistans das Aufforstungsprojekt „Ten Billion Tree Tsunami Programm“ ins Leben gerufen. Das Projekt hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2023 10 Milliarden Bäume zu pflanzen. Es soll maßgeblich dazu beitragen, die Wald- und Wildtierressourcen des Landes wiederzubeleben und die Folgen des Klimawandels abzufedern. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt das Projekt über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit 13,5 Mio. Euro.

Das Programm **verbessert die Lebensbedingungen von acht Millionen Menschen** aus den ärmsten Bevölkerungsschichten durch zusätzliche Einnahmen aus dem Betrieb von



Baumschulen, einer ressourcenschonenden Waldbewirtschaftung und dem Verkauf von Nüssen, Früchten und Heilpflanzen aus dem Wald. Außerdem stabilisiert es den Grundwasserspiegel. Bei der Waldbewirtschaftung sollen die Anwohner künftig stärker mitreden, um Waldwirtschaft in Zukunft effizienter zu gestalten. Insgesamt ist das Projekt ein wichtiger Beitrag zum globalen Waldschutz. Pakistan wird dadurch nicht nur resilienter gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels, die Bäume speichern auch beachtliche Mengen an CO₂ und tragen somit zum Klimaschutz bei.

Bäume an den Panjpeer Rocks, Pakistan. Foto: Shakeel Ahmad/Unsplash,

<https://www.unep.org/news-and-stories/story/pakistans-ten-billion-tree-tsunami>



3. Klimaanpassung/Schäden und Verluste

Anpassung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten an den Klimawandel

Ort: Madagaskar, im Süden des Landes

Budget: 31,8 Mio. Euro (BMZ), 7,5 Mio. Euro (EU-Kofinanzierung)

Madagaskar ist eines der weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder. Dabei hat Madagaskar selbst so gut wie gar nichts zu den globalen Emissionen beigetragen. Rund 80 Prozent der Bevölkerung leben in extremer Armut und arbeiten in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Der Großteil von ihnen betreibt Subsistenzlandwirtschaft mit geringer Produktivität. Durch die Klimakrise ändern sich Anbauphasen, verschärfen sich Dürren und Starkregen und häufen sich zerstörerische Zyklone. Der Süden des Landes ist besonders betroffen und wird derzeit von der schlimmsten Dürre seit 40 Jahren heimgesucht.

Deshalb unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel und fördert beispielsweise relevante Wertschöpfungsketten wie die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Erdnüssen. Rund **19.000 Haushalte von Kleinbäuer*innen** erhalten Beratung und Zugang zu Produktionsmitteln. Gleichzeitig arbeitet das Projekt mit Kooperativen, Verbänden und Unternehmen zusammen, um die Wertschöpfung entlang der gesamten Produktkette zu stärken. Damit werden die Einkommen der beteiligten Akteure nachhaltig gesteigert, die extreme Armut bekämpft und letztlich auch die Resilienz gegen die Klimakrise gestärkt. Ein wichtiger Baustein ist zudem die Einführung von **Klimarisikoversicherungen**. Diese ermöglichen den Ausgleich von klimabedingten Schäden und Verlusten und sichern die Kleinbäuer*innen gegen Naturkatastrophen ab.



Für den umfassenden Ansatz auf mehreren Interventionsebenen (lokal, regional, Regierung) hat das BMZ inklusive einer Ko-Finanzierung über die EU bislang seit 2016 knapp **40 Mio. Euro** bereitgestellt. Die aktuelle Phase läuft bis Juli 2025.

Foto: Isabell Kiener



Nationales Programm für Kleinbewässerung

Ort: Mali, landesweit

Budget: knapp 70 Mio. Euro

Mali ist eines der ärmsten Länder der Erde. Es hat seit 2012 mit gewaltsamen Konflikten zu kämpfen und ist stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Da 75 Prozent der Menschen von der Landwirtschaft leben, ist die Förderung einer nachhaltigen und klimaangepassten Bewässerungswirtschaft besonders wichtig. Mit Hilfe der herkömmlichen Trockenlandwirtschaft gelingt es den Menschen in Mali immer schlechter, ihre Ernährung zu sichern. Allerdings verfügt das Land über große Wasserreserven, die zur dauerhaften Nahrungsmittelversorgung beitragen können.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fördert im Auftrag der Bundesregierung seit 2012 das „Nationale Programm für Kleinbewässerung“ in Mali. Von Deutschland wurden **knapp 70 Millionen Euro** Zuschüsse zur Verfügung gestellt, auch Kanada und die EU beteiligen sich. Es soll die Nahrungsmittelproduktion steigern, die Lebenssituation der Landbevölkerung verbessern und das Vertrauen der Menschen in malische staatliche Dienstleistungen stärken. Dafür werden verschiedene Bewässerungssysteme errichtet: Rückhaltebauwerke und Kleinststaudämme, Überschwemmungsflächen, verlustarme Kanäle, sowie aus Flachbrunnen bewässerte Gemüsegärten, welche ausschließlich Frauen zugutekommen. **Mehr als 700.000 Menschen** haben von Bewässerung, Gemüsegärten, Fischzucht, Lagerhäusern und neuen Straßen unmittelbar profitiert. Dadurch können sie mehr Reis, Kartoffeln und Gemüse anbauen und ihr **Jahreseinkommen um 30 Prozent steigern**. Der Ernährungszustand von Kindern hat sich in den Projektgebieten gegenüber anderen Regionen deutlich verbessert.



Ein Bauer im Kleinbewässerungsprojekt, Mali, fährt am Rande eines Reisfelds seine Bananenernte ein. Foto: Thorsten Waibel, KfW